

Positionspapier zum Klimapakt Soest klimaneutrale Stadt bis 2030

Folgerungen aus der Klimabelastung 2026

Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz sind Vorsorgepolitik

Wer heute handelt, schützt Lebensgrundlagen, begrenzt künftige Risiken
und stärkt die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt



Bündnis Klimapakt 2030



Stand 15.09.2026

Kontakt: Orga-Team Bündnis Klimapakt 2030 - klimapakt@zukunft-soest.net

1. Zusammenfassung

Klimapakt Soest 2030: Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz sind Vorsorgepolitik

Die Klimafolgen sind Realität – auch in Soest und im Kreisgebiet. Der Sommer 2026 hat erneut gezeigt, wie stark Hitze, Trockenheit und andere Extremwetterereignisse **Menschen, Natur, Wirtschaft und Infrastruktur belasten**. Bäume werfen vorzeitig ihre Blätter ab, Gewässer trocknen aus, Ernteverluste drohen und die Wasserverfügbarkeit wird zum Problem.

Besonders gravierend sind die **gesundheitlichen Folgen**. Das Robert Koch-Institut schätzt bundesweit rund **15.800 hitzebedingte Sterbefälle** von Mai bis Mitte August 2026. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit chronischen Erkrankungen, Schwangere und Kleinkinder. Hitzeschutz ist deshalb **öffentliche Daseinsvorsorge**: Kühlung, Verschattung, Begrünung, hitzeangepasste Gebäude sowie verlässliche Warn- und Betreuungsstrukturen sind notwendig. Auch eine gut vernetzte, solidarische Stadtgemeinschaft stärkt die Krisenbewältigung.

Wirtschaft und Arbeitswelt sind ebenfalls betroffen. Hitze beeinträchtigt Gesundheit und Leistungsfähigkeit und kann zu Arbeitsausfällen führen. Dürre, Starkregen und steigende Kosten für Kühlung, Bewässerung und Instandhaltung belasten Unternehmen und öffentliche Haushalte. Klimaanpassung ist damit auch eine Frage wirtschaftlicher Stabilität und Standortqualität.

Klimaschutz und Klimaanpassung gehören untrennbar zusammen. Klimaschutz begrenzt die weitere Verschärfung der Klimafolgen, Klimaanpassung reduziert Folgeschäden, die bereits eintreten oder nicht mehr vollständig vermeidbar sind. **Beides ist verantwortungsvolle Vorsorgepolitik**: Jede vermiedene Tonne CO₂ begrenzt zukünftige Risiken; jede rechtzeitig umgesetzte Anpassungsmaßnahme kann Schäden und Folgekosten reduzieren.

Der **Klimapakt Soest 2030** bietet dafür einen **guten politischen Handlungsrahmen**. Sein Ziel ist die deutliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Klimaneutralität bis 2030. Der Masterplan umfasst 59 Maßnahmensteckbriefe mit konkreten Handlungsfeldern und Umsetzungsschritten. Gleichzeitig zeigt das Controlling, dass insbesondere beim **Ausbau erneuerbarer Energien**, insbesondere der Photovoltaik, **erheblicher Nachholbedarf** besteht

Die angespannte Haushaltslage ist kein Grund, den Klimapakt 2030 abzuschwächen. Sie macht eine klare **Priorisierung notwendig**. Vorrang haben Maßnahmen mit hoher Klimawirkung und Schadensvermeidung: der beschleunigte **Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieinfrastruktur**, unter Beachtung natur- und artenschutzrechtliche Belange, eine klimaneutrale **Wärme- und Kälteversorgung**, zukunftsfähige **Mobilität** sowie energetisch anspruchsvolle und **klimaresiliente Gebäude und Quartiere**. Ebenso notwendig sind **wirksamer Hitzeschutz**, klimaresiliente öffentliche Räume, die Wiederherstellung des **ökologischen Gleichgewichts** stark beschädigten Natur und eine **klimaangepasste Landwirtschaft**. Auch **klimaverträgliche Veranstaltungen und Verpflegung** müssen stärker in den Blick genommen werden.

Die angespannte Haushaltslage macht eine **klare Priorisierung notwendig**. Besonders wirksame Maßnahmen müssen konsequenter umgesetzt und bestehende kommunale Hemmnisse beseitigt werden. Dazu gehört insbesondere, den Ausbau der Energieinfrastruktur und der Netze mit Nachdruck zu beschleunigen. Hierbei ist die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichtes in der heute stark beschädigten Natur umzusetzen.

Der **Klimapakt 2030 bietet eine tragfähige Grundlage** für konsequentes Handeln. Er sollte priorisiert, konsequent umgesetzt und dort weiterentwickelt werden, wo neue Anforderungen entstehen.

Wer heute vorsorgt, sichert Soest eine lebenswerte Zukunft.

2. DER AUFTRAG – 12 Prioritäten für Soest

Aus den vorangegangenen Überlegungen ergeben sich folgende Prioritäten:

1. **Klimaneutralität 2030 als Ziel sichern und Maßnahmen priorisieren**
Das politisch beschlossene Ziel des Klimapakts 2030 bleibt verbindlicher Orientierungsrahmen für das kommunale Handeln. Wirksame Maßnahmen sind vorrangig umzusetzen und vorhandene Ressourcen auf Maßnahmen mit hoher Klimawirkung zu konzentrieren.
2. **Mobilität als zentralen Hebel der Klimaneutralität nutzen**
Den Verbund aus Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV stärken, klimafreundliche Mobilität fördern und die im VEP Klima+ ausgewählten Maßnahmen nach Klimawirkung, Kosten und Umsetzbarkeit konsequent umsetzen.
3. **Erneuerbare Energien und Netzinfrastuktur beschleunigt ausbauen**
Der Ausbau erneuerbarer Energien und der Netzinfrastuktur wird beschleunigt und kommunale Hemmnisse werden abgebaut. Vorrang- und Eignungsflächen sind konsequent zu nutzen und natur- und artenschutzrechtliche Belange einzuhalten.
4. **Wärme- und Kälteplanung verbinden**
Die kommunale Wärmeplanung wird um die Kälteplanung erweitert. Innovative Lösungen wie Kalt-Wärme-Netze für eine klimaneutrale Wärme- und Kälteversorgung nutzen.
5. **Baugebiete klimaneutral und -resilient entwickeln**
Baugebiete konsequent auf klimaneutrale Energieversorgung, Hitzeschutz, Regenwassermanagement und zukunftsfähige Mobilität ausrichten.
6. **Kommunale Gebäude ertüchtigen und zum Vorbild machen**
Schulen, Kitas, Krankenhäuser und weitere kommunale Einrichtungen energetisch ertüchtigen und wirksam gegen Hitze und andere Klimafolgen schützen.
7. **Klimaanpassung verbindlich verankern**
Klimaanpassung als kommunaler Vorsorgepolitik etablieren und den Schutz von Menschen, Natur, Infrastruktur und Lebensqualität bei Planungen und Investitionen berücksichtigen.
8. **Öffentliche Räume nach dem Stadtnaturschutz und Schwammstadtprinzip gestalten**
Stadtbäume, Grünflächen, Gewässer, Verschattung, Entsiegelung, Regenwasserrückhalt und Trinkwasserangebote zum Standard einer klimaresilienten Stadtentwicklung machen.
9. **Landwirtschaft stärken, Ernährung zukunftssicher gestalten**
Eine klimaresiliente Landwirtschaft und regionale Ernährungssysteme fördern, Böden und Wasser als Lebensgrundlagen schützen sowie regionale Kreisläufe, nachhaltige Lebensmittelversorgung und klimaschonende Ernährung stärken.
10. **Großveranstaltungen klimaangepasst und klimaverträglich gestalten**
Kommunale Veranstaltungen konsequent auf Energie, Mobilität, Abfall, Ressourcenverbrauch und Klimaanpassung ausrichten und zum Vorbild machen
11. **Regionale Wertschöpfung und kommunale Handlungsspielräume stärken**
Klimaschutzinvestitionen möglichst so gestalten, dass Wertschöpfung in der Region bleibt und zusätzliche kommunale Einnahmen erschlossen werden.
12. **Umsetzung, Beteiligung und Transparenz sichern**
Klimaneutralität und Klimaanpassung gemeinsam voranbringen: Initiativen, Unternehmen, Einrichtungen, Wissenschaft und Bürgerschaft aktiv einbeziehen.

Inhalt

1. Zusammenfassung.....	2
2. DER AUFTRAG – 12 Prioritäten für Soest	3
3. Die Klimabelastung ist Realität	5
3.1 Klimafolgen 2026.....	5
3.2 Gesundheit und vulnerable Gruppen.....	5
3.3 Kinder und Jugendliche	6
3.4 Arbeit, Wirtschaft und Standort.....	6
3.5 Landwirtschaft und Ernährung.....	7
3.6 Natur, Wasser und Ökosysteme.....	7
4. Was bedeutet das für Soest?	7
4.1 Klimaschutz, Klimaanpassung und (Stadt-)Naturschutz gehören zusammen.....	7
4.2 Vorsorge ist günstiger als Schadensbewältigung	8
4.3 Der Klimapakt 2030 – der bestehende Handlungsauftrag	8
5. Die Prioritäten für den Klimapakt 2030	10
5.1 VEP Klima+: Mobilität als zentralen Hebel der Klimaneutralität nutzen	11
5.1 Energieinfrastruktur und erneuerbare Energien beschleunigen	11
5.2 Wärme und Kälte gemeinsam planen	12
5.3 Klimaneutrale und klimaresiliente Baugebiete	13
5.4 Kommunale Gebäude hitzeresilient machen	13
5.5 Öffentliche Räume als klimaresiliente Infrastruktur	14
5.6 Landwirtschaft, Ernährung und regionale Wertschöpfung.....	14
5.7 Klimaangepasste und klimaverträgliche Großveranstaltungen	15
6. Klimavorsorge finanzieren	16
6.1 „Fun or Future?“	16
6.2 Klimafolgekosten vermeiden.....	17
6.3 Zusätzliche Handlungsspielräume erschließen	17
7. GEMEINSAM HANDELN – Eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft	17
7.1 Stadt und Verwaltung.....	18
7.2 Wirtschaft.....	18
7.3 Bürgerinnen und Bürger	18
7.4 Zivilgesellschaft	19
8. Zukunftsfähigkeit ist eine politische Entscheidung	19
Anlagen	20
Quellen:.....	21

3. Die Klimabelastung ist Realität

3.1 Klimafolgen 2026

Mehr Treibhausgase in der Atmosphäre führt zu einer weiteren Erwärmung. Mit steigenden Temperaturen nehmen Hitzewellen, Dürren, Starkregen und andere Klimafolgen zu – und damit auch die gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Schäden.

**Die Wirkungskette ist eindeutig: steigender CO₂-Gehalt → steigende Temperaturen
→ zunehmende Klimafolgen → steigende Folgekosten**

Die Entwicklung ist längst nicht mehr nur Gegenstand zukünftiger Szenarien. Der Sommer 2026 macht die zunehmende Belastung auch in unserer Region sichtbar. Hitze und Trockenheit setzen Menschen, Landwirtschaft und Natur unter Druck. Gewässer führen weniger Wasser, Bäume geraten unter Trockenstress und die Gefahr von Ernteaussfällen steigt. Gleichzeitig bleibt die Gefahr extremer Starkregenereignisse bestehen (s. Pressemeldungen im Anhang).

Besonders eindrücklich zeigt sich die Belastung der Gewässer und Ökosysteme. Die Heve als Zufluss der Möhnetalsperre führte im August 2026 über längere Zeit kein Wasser mehr. Lebensräume für Fische trockneten aus; es kam zu Notabfischungen. Auch die Situation der Möhnetalsperre selbst erforderte Maßnahmen zur Belüftung des Tiefenwassers; ebenso die Belüftung des „Großen Teichs“ in Soest. Bäume reagierten auf die extreme Trockenheit mit vorzeitigem Laubabwurf (vgl. Anlagen). Die Spätfolgen sind noch nicht absehbar.

Die Klimabelastung betrifft damit nicht nur einzelne Extremereignisse. Sie verändert zunehmend die natürlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen unsere Stadt funktioniert.

Hitze, Wasserknappheit, Starkregen und Trockenheit werden zu Fragen kommunaler Vorsorge.

3.2 Gesundheit und vulnerable Gruppen

Hitzeperioden sind eine erhebliche gesundheitliche Belastung. Das Robert Koch-Institut schätzt für Mai bis Mitte August 2026 bundesweit rund 15.800 hitzebedingte Sterbefälle. Es ist von mehr als 50 Hitzetoten im Kreis Soest auszugehen. In Hinblick auf das Szenario, dass sich die Anzahl der heißen Tage bis 2050 verdoppeln wird, ist von einer stark zunehmenden Bedrohung auszugehen.

Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit chronischen Erkrankungen, Schwangere und Kleinkinder. Für diese Gruppen können hohe Temperaturen nicht nur das Wohlbefinden beeinträchtigen, sondern zu ernsthaften gesundheitlichen Risiken und Tod führen.

Auch im Kreis Soest gibt es bereits Ansätze, soziale Einrichtungen besser auf Hitze und andere Wetterextreme vorzubereiten. Im Rahmen des Programms „KlimaSicher“ wurden Pflegeeinrichtungen und weitere soziale Einrichtungen unterstützt; 2026 wurden elf Einrichtungen zertifiziert. 2025 wurde zudem ein „Klimaanpassungs-Club“ für soziale Einrichtungen gegründet.

Diese Ansätze sind wichtig. Sie reichen jedoch nicht aus, wenn Hitzeschutz allein auf das Verhalten einzelner Menschen reduziert wird.

Hitzeschutz darf nicht allein eine Frage individuellen Verhaltens sein.

Öffentliche Räume, Gebäude und Einrichtungen müssen so gestaltet werden, dass Menschen auch während längerer Hitzeperioden geschützt bleiben. Dazu gehören Verschattung, Bäume, Begrünung, Trinkmöglichkeiten, geeigneter baulicher Wärmeschutz sowie verlässliche Warn- und Betreuungsstrukturen.

Klimaanpassung wird damit zu einem Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge – insbesondere dort, wo Menschen aufgrund ihres Alters, ihrer Gesundheit oder ihrer Lebenssituation weniger Möglichkeiten zur Selbsthilfe haben.

3.3 Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche erleben die Klimafolgen unmittelbar. Hitze beeinträchtigt Konzentration, Schlaf und körperliche Leistungsfähigkeit. Kindertagesstätten, Schulen, Spielplätze und Sportanlagen können bei hohen Temperaturen zu erheblich belasteten Aufenthaltsorten werden.

Deshalb brauchen diese im Außenbereich ausreichend Schatten, Bäume, entsiegelte Flächen und Zugang zu Trinkwasser. Die Innenräume sind technisch so nachzurüsten, dass eine Wärmeeintrag reduziert und Kühlung der Räume ermöglicht wird.

Klimabildung und Klimaanpassung gehören dabei zusammen. Bildungsangebote können Wissen und Handlungskompetenz vermitteln. Gleichzeitig müssen die Orte, an denen Kinder lernen, spielen und sich bewegen, selbst klimaresilient gestaltet werden.

Wer Kinder schützen will, muss nicht nur über Klimabildung sprechen, sondern ihre Lern-, Spiel- und Bewegungsräume klimaresilient gestalten.

3.4 Arbeit, Wirtschaft und Standort

Hitze wird zunehmend zu einem Arbeits- und Gesundheitsrisiko. Besonders betroffen sind Menschen, die im Freien oder in sich stark aufheizenden Gebäuden arbeiten – etwa im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, im Handwerk, in Pflege- und Rettungsdiensten. Hohe Temperaturen beeinträchtigen Gesundheit, Konzentration und Leistungsfähigkeit und können zu Arbeitsausfällen führen. Klimaanpassung ist deshalb auch eine Frage der Arbeits- und Fachkräftesicherung.

Auch Unternehmen sind zunehmend mit den wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels konfrontiert: durch hitzebedingte Ausfälle, Schäden durch Starkregen und Überflutungen, Dürre sowie steigenden Kühl-, Bewässerungs- und Instandhaltungsbedarf.

Klimaangepasste Gewerbegebiete, leistungsfähige Entwässerung, Grün- und Schattenstrukturen, Wasserrückhalt und ein vorsorgender Umgang mit Hitze und Starkregen werden deshalb zunehmend zu einem Standortfaktor.

Klimaanpassung ist nicht nur Schadensbegrenzung, sondern Standortpolitik.

3.5 Landwirtschaft und Ernährung

Auch die Landwirtschaft auf dem Gebiet der Kommune Soest ist unmittelbar vom Klimawandel betroffen. Die leistungsfähigen Böden der Soester Börde können Trockenphasen teilweise besser verkraften als andere Regionen. Dennoch setzen zunehmende Hitze, Trockenheit und Starkregen die landwirtschaftlichen Betriebe unter Druck.

Landwirtschaft und Ernährung sind bislang im Klimapakt 2030 nur unzureichend berücksichtigt. Dabei bestehen gerade auf kommunaler Ebene vielfältige Möglichkeiten, Klimaschutz und Klimaanpassung mit einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und einer klimafreundlichen Ernährung zu verbinden.

Die regionalen Produktionsgrundlagen und damit die Ernährungssicherheit zu schützen.

Humusaufbau, Bodenschutz, Wasserrückhalt, angepasste Anbaumethoden sowie Hecken und Gehölzstrukturen können dazu beitragen, Böden widerstandsfähiger zu machen und Wasser länger in der Landschaft zu halten.

Kommunale Agrarpolitik sollte diese Funktionen der freien Landschaft stärker berücksichtigen.

3.6 Natur, Wasser und Ökosysteme

Die Natur in Soest und im Kreisgebiet ist zunehmend mehrfach belastet: durch Hitze, Trockenheit, Starkregen und die Veränderung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere.

Besonders deutlich zeigt sich dies bei Wäldern und Bäumen. Trockenstress schwächt die Vegetation und erhöht ihre Anfälligkeit für Krankheiten und Schädlinge auch im Soester Stadtgebiet. Die Situation an Heve und Möhnetalsperre 2026 verdeutlicht, dass Wasserverfügbarkeit und ökologische Stabilität zunehmend zu Fragen regionaler und lokaler Vorsorge werden. Eine Wasserknappheit im Möhnesee hat Folgen für die Trinkwasserversorgung von Soest.

Die Natur ist Teil der kommunalen Vorsorge und der Naturschutz bei allen Entscheidungen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung mitzudenken und mitzuplanen.

Die Natur ist unsere Lebensgrundlage und muss stabilisiert werden, damit Extremwetterereignisse abgefedert und nicht zu noch stärkeren Belastungen oder Katastrophen werden. Bäume, Grünflächen, Böden und Gewässer kühlen, speichern Wasser, mindern Starkregenfolgen und erhöhen zugleich die Aufenthaltsqualität. Naturschutz und Klimaanpassung werden damit zunehmend zu zwei Seiten derselben kommunalen Infrastrukturpolitik.

4. Was bedeutet das für Soest?

4.1 Klimaschutz, Klimaanpassung und (Stadt-)Naturschutz gehören zusammen

Die Erfahrungen des Jahres 2026 machen deutlich: Klimaschutz und Klimaanpassung und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, (Stadt-)Naturschutz, Bodenqualität, Wasserhaushalt, stabile Natursysteme müssen zusammen gedacht werden.

Klimaschutz begrenzt die weitere Verschärfung der Klimafolgen. Klimaanpassung reduziert die Schäden der Folgen, die bereits eintreten oder nicht mehr vollständig vermeidbar sind.

Beides ist deshalb Teil verantwortungsvoller kommunaler Vorsorgepolitik. Jede vermiedene Tonne CO₂ begrenzt zukünftige Risiken. Jede rechtzeitig umgesetzte Anpassungsmaßnahme reduziert die Folgen unvermeidbarer Klimaveränderungen.

Klimapolitik schützt das, was Menschen von einer funktionierenden Kommune erwarten: Gesundheit, Sicherheit, bezahlbare Lebensbedingungen, Arbeitsplätze, verlässliche Infrastruktur und eine handlungsfähige Stadt. Alle basierend auf dauerhaft beständigen, natürlichen Lebensgrundlagen, von denen wir als Menschen abhängen.

Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz sind keine zusätzlichen Aufgaben neben der Kommunalpolitik. Sie werden zunehmend zur Grundlage verantwortungsvoller Kommunalpolitik.

4.2 Vorsorge ist günstiger als Schadensbewältigung

Klimafolgen verursachen bereits heute erhebliche volkswirtschaftliche und kommunale Kosten. Der Extremsommer kostet, laut Greenpeace, Deutschland mindestens 36 Milliarden Euro. Mit zunehmender Erwärmung steigen die Risiken für Gesundheit, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Natur. Aktuelle Forschung, auf die im Ausgangspapier verwiesen wird, geht für Deutschland bis zur Mitte des Jahrhunderts – abhängig von der weiteren Erwärmung – von erheblichen kumulierten volkswirtschaftlichen Schäden auf bis zu 900 Milliarden Euro aus. Gleichzeitig können rechtzeitig umgesetzte Anpassungsmaßnahmen einen erheblichen Teil dieser Schäden vermeiden.

Für die kommunale Politik folgt daraus ein einfacher Grundsatz:

Nicht Klimaschutz ist teuer, sondern das Nicht-Handeln.

Die Kosten für Nichthandeln sind enorm. Wer heute bei der Vorsorge spart, wird morgen bis zu 10-fach höhere Kosten für Schadensbewältigung, Wiederaufbau, Gesundheitsfolgen oder die Anpassung der bestehenden Infrastruktur tragen.

Deshalb muss bei kommunalen Investitionsentscheidungen neben den unmittelbaren Kosten einer Maßnahme auch die Frage gestellt werden:

Welche Kosten entstehen, wenn wir diese Maßnahme nicht oder erst später umsetzen?

Eine Investition, die heute etwas mehr kostet, kann langfristig wirtschaftlicher sein, wenn sie spätere Schäden, Schadensbewältigung oder Betriebs- und Energiekosten vermeidet.

Klimavorsorge ist eine Investition in die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt.

4.3 Der Klimapakt 2030 – der bestehende Handlungsauftrag

Der Klimapakt Soest 2030 ist der politische und strategische Rahmen, mit dem die Stadt ihren Weg zur Klimaneutralität bis 2030 gestalten will. Er bündelt Zielsetzung und Maßnahmen und setzt auf die Zusammenarbeit von Stadtgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Ziel ist die wirksame Reduzierung der Treibhausgasemissionen von ca. 250.000 t CO₂e/Jahr (ohne Autobahn) auf 50.000 t. Das entspricht einer Reduktion von ca. 5 t auf 1 t CO₂e/Einwohner.

Der Masterplan umfasst **59 Maßnahmensteckbriefe**. Sie beschreiben konkrete Handlungsfelder und Umsetzungsschritte und Ressourcen und bilden damit eine Grundlage für die systematische Umsetzung des Klimapakts 2030. Für 26 Maßnahmen wird auch das CO₂ Einsparpotenzial ausgewiesen. In der Summe ergeben sich ca. 300.000 t CO₂e bis zum Jahr 2030. **Mit 5 Handlungsfeldern sind 80% der Reduktion zu erzielen.**

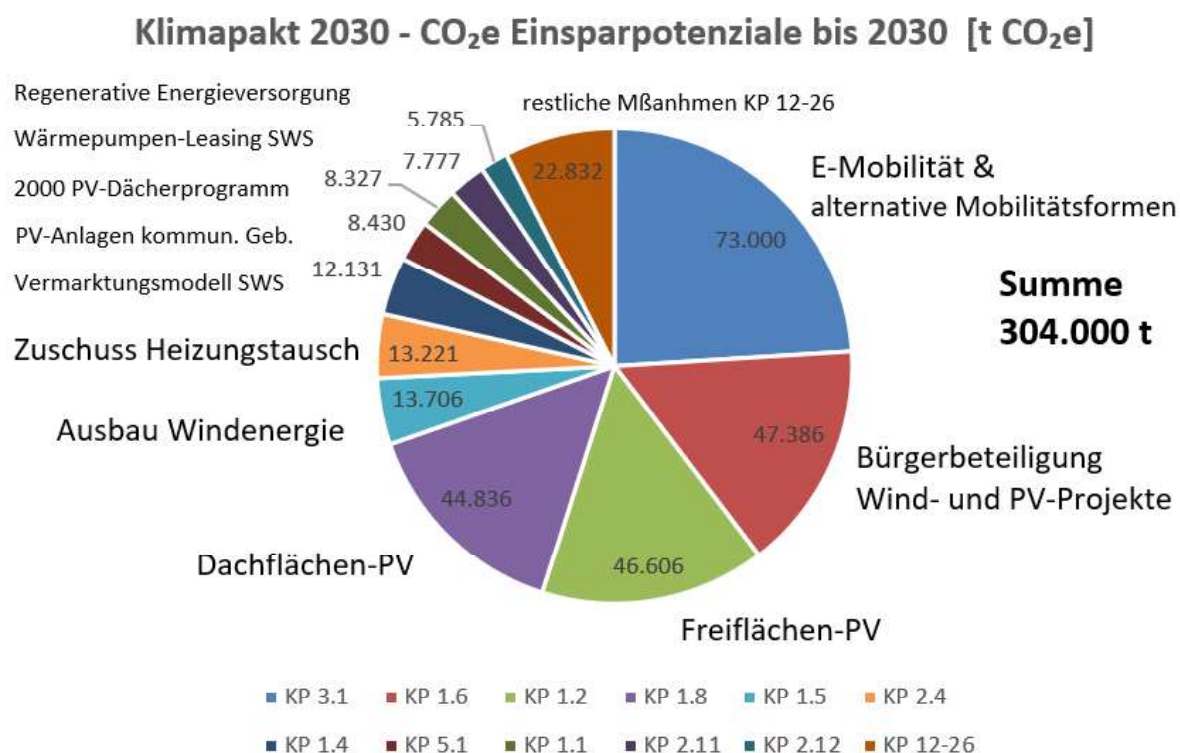


Abb: CO₂ Einsparpotenzial der Maßnahmen aus dem Masterplan Klimapakt Soest 2030 Anlage_2.

Gleichzeitig zeigt das Controlling, dass die **Umsetzung in einzelnen Bereichen hinter den notwendigen Zielpfad zurückbleibt**. Besonders beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Photovoltaik bestehen erhebliche Verzögerungen.

Maßnahme	Masterplan 2030	Projektion 2030
PV-Dach	150 MWp	90 MWp
PV-Freifläche	150 MWp	50 MWp
Windkraft	30 MW	34 MW
Wärmepumpen	4.050	1.320
E-PKW	16.000	8.000

Abbildung 7: Projektion 2030

Abb.: 4. Controllingbericht, 2025



Abb.: Kommunale Wärmeplanung der Stadt Soest, Endbericht 2025

Es ist gute Argument dafür, die Umsetzung des **Klimapakt 2030 strategischer zu priorisieren und bestehende Hemmnisse konsequenter zu beseitigen.**

Der Klimapakt 2030 muss konsequenter umgesetzt, auf besonders wirksame Maßnahmen fokussiert und dort weiterentwickelt werden, wo neue Anforderungen entstehen.

Angesichts der angespannten Haushaltslage bedeutet das: Maßnahmen mit hoher Klimawirkung, hoher Schadensvermeidung und guter Umsetzbarkeit müssen Vorrang erhalten.

Damit verschiebt sich die politische Frage:

Nicht: Was können wir uns an Klimaschutz und Klimaanpassung leisten?

Sondern: Welche Vorsorge können wir uns angesichts der bereits absehbaren Schäden nicht leisten, aufzuschieben?

5. Die Prioritäten für den Klimapakt 2030

Die Klimafolgen sind Realität. Der Klimapakt 2030 setzt dafür den verbindlichen politischen Rahmen. Angesichts begrenzter Ressourcen kommt es jetzt darauf an, die vereinbarten Ziele konsequent zu verfolgen, Maßnahmen verbindlich zu priorisieren und ihre Umsetzung voranzutreiben. Für die Priorisierung sollten insbesondere folgende Kriterien maßgeblich sein:

- hohe CO₂-Minderungswirkung,
- hohe Wirkung für die Klimaanpassung,
- hohe Schadensvermeidung,
- gute und kurzfristige Umsetzbarkeit,
- langfristiger wirtschaftlicher Nutzen,
- soziale Ausgewogenheit.

Der Masterplan selbst bietet dafür bereits eine wichtige Grundlage. Von den 59 Maßnahmensteckbriefen weisen 26 ein konkretes CO₂-Einsparpotenzial aus. In der Summe wird für diese Maßnahmen ein erhebliches Einsparpotenzial ausgewiesen. Zugleich zeigt die Auswertung, dass bereits wenige besonders wirksame Maßnahmen einen großen Teil der angestrebten Emissionsminderung erreichen können. (vgl. Kap. 4.3)

Die Konsequenz daraus ist klar:

Bei knappen Ressourcen müssen Maßnahmen mit besonders hoher Wirkung Vorrang haben.

5.1 VEP Klima+: Mobilität als zentralen Hebel der Klimaneutralität nutzen

Der Verkehrssektor ist ein wesentlicher Baustein der Klimaneutralität Soests. Der Klimapakt 2030 weist für die Umsetzung des VEP Klima+ bis 2030 rund 73.000 Tonnen CO₂-Einsparpotenzial aus – etwa ein Viertel der dort bezifferten Gesamteinsparungen. Dieses Potenzial muss konsequent erschlossen werden.

Mit dem VEP Klima+ verfügt die Stadt über ein strategisches Handlungskonzept mit 22 zusätzlichen Maßnahmen in fünf Handlungsfeldern. Leitprinzip ist „Vermeiden – Verlagern – Verbessern“. Wichtige Maßnahmen wurden bereits umgesetzt: Stadtbuskonzept und Elektrifizierung, Ladeinfrastruktur, E-Carsharing, Mobilitätsstationen sowie das Fahrradverleihsystem HelBi.

Für die weitere Umsetzung braucht es eine klare Priorisierung nach Klimawirkung, Umsetzbarkeit und Dringlichkeit:

- Rad- und Fußverkehr stärken: sichere, durchgängige und komfortable Wege schaffen und den Umweltverbund ausbauen.
- Bus und Bahn ausbauen: Angebot, Takt, Verlässlichkeit und Tarifattraktivität verbessern und die Elektrifizierung konsequent fortsetzen.
- Mobilitätsstationen und Sharing vernetzen: Bus, Bahn, Fahrrad und E-Carsharing zu attraktiven Mobilitätsketten verbinden.
- Park- und Straßenraum neu ordnen: den öffentlichen Raum stärker am Umweltverbund ausrichten und den beschlossenen Masterplan Altstadt Parken einschließlich einer sozial gerechten Parkraumbewirtschaftung zeitnah umsetzen.
- Verbleibenden Kfz-Verkehr elektrifizieren: Ladeinfrastruktur ausbauen und die Versorgung mit erneuerbarer Energie sicherstellen.
- Regionale Mobilität verbessern: Pendler- und Wirtschaftsverkehre stärker einbeziehen und gemeinsam mit Kreis und Nachbarkommunen zusätzliche Potenziale erschließen. Die Stadt Soest sollte sich für ein Nahmobilitätskonzept des Kreises einsetzen.

Konsequenz für den Klimapakt 2030 - Die 73.000 Tonnen müssen tatsächlich eingespart werden.

Die Umsetzung des VEP Klima+ sollte deshalb nicht nur anhand abgearbeiteter Maßnahmen, sondern anhand ihrer tatsächlichen Klimawirkung gesteuert werden. Ein jährliches Monitoring sollte ausweisen, welche Maßnahmen umgesetzt und welche CO₂-Minderungen tatsächlich erreicht wurden. Wo Wirkungen ausbleiben, muss nachgesteuert werden.

Der VEP Klima+ selbst fordert hierfür eine Fortsetzung und Erweiterung von Evaluation und Controlling. Entscheidend ist: Elektrifizierung allein reicht nicht. Klimaneutrale Mobilität erfordert das Zusammenspiel von Verkehrsvermeidung, Verlagerung auf Rad, Fußverkehr und ÖPNV, intermodalen Angeboten und der Elektrifizierung des verbleibenden Verkehrs.

5.1 Energieinfrastruktur und erneuerbare Energien beschleunigen

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein zentraler Baustein des Klimapakts 2030. Gleichzeitig zeigt das Controlling, dass insbesondere der Ausbau der Photovoltaik hinter den notwendigen Zielpfad zurückbleibt. (vgl. Kap. 4.3)

Dabei geht es nicht nur um die Zahl neu installierter Anlagen. Auch Planung, Genehmigung, Netzanschluss und technische Infrastruktur können zu entscheidenden Engpässen werden.

Das Beispiel der Freiflächen-Photovoltaikanlage der Erneuerbare-Energien-Genossenschaft Hellweg-Sauerland eG in Hattrop zeigt, dass Verzögerungen bei Projektierung und Realisierung erhebliche Auswirkungen und hohe Schadensersatzleistungen verursachen können. Auch Unternehmen, die eigene Photovoltaikanlagen errichten wollen, berichten von Verzögerungen.

Damit wird deutlich:

Der Ausbau der Energieinfrastruktur darf nicht zum Flaschenhals der Klimaneutralität werden.

Die Stadt Soest und die Stadtwerke sollten deshalb gemeinsam darauf hinwirken, bestehende Hemmnisse beim Ausbau erneuerbarer Energien zu identifizieren und abzubauen.

Dazu gehören insbesondere:

- eine zügige Bearbeitung von Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- ausreichende Netzkapazitäten,
- beschleunigte Netzanschlüsse,
- transparente Verfahren,
- eine vorausschauende Energieinfrastrukturplanung.

Photovoltaik, Netzausbau und Netzanschlüsse müssen als zusammenhängende Infrastrukturaufgabe betrachtet werden.

Wer Klimaneutralität will, muss auch die Infrastruktur für ihre Umsetzung bereitstellen. Jedoch ist der stabilisierende Naturschutz bei diesen Entscheidungen umfassend zu berücksichtigen.

5.2 Wärme und Kälte gemeinsam planen

Die kommunale Wärmeplanung darf nicht allein die zukünftige Wärmeversorgung betrachten. Mit zunehmenden Hitzeperioden gewinnt auch der Bedarf an sommerlichem Wärmeschutz und Kühlung an Bedeutung. **Wärmeversorgung und Klimaanpassung müssen stärker zusammen gedacht werden.**

Besondere Chancen können dabei **Kalt-Wärme-Netze** bieten. Sie ermöglichen eine gemeinsame Betrachtung von **Wärmeversorgung und Kühlung** und können insbesondere in neuen Quartieren eine klimafreundliche und klimaangepasste Energieinfrastruktur schaffen. Das Kalt-Wärme-Netze im Soester Norden schafft hierfür wichtige Ansatzpunkte. Die eingesetzte Sole wird nicht nur zur Wärmege-
winnung genutzt, sondern auch zur effizienten Kühlung von Gebäuden. Damit lassen sich Klimaschutz und Klimaanpassung unmittelbar miteinander verbinden.

Besonders relevant ist dies für Gebäude und Einrichtungen mit hohem Kühlbedarf beziehungsweise besonders schutzbedürftigen Nutzerinnen und Nutzern, beispielsweise:

- Schulen,
- Kindertagesstätten,
- Pflegeeinrichtungen,
- medizinische Einrichtungen,
- größere öffentliche Gebäude.

Wärmeplanung muss deshalb zunehmend auch Kälteplanung sein.

Technische Kühlung allein reicht jedoch nicht aus. Verschattung, Begrünung, Entsiegelung und die Berücksichtigung von Kaltluftströmen müssen bereits bei der Planung berücksichtigt werden.

5.3 Klimaneutrale und klimaresiliente Baugebiete

Was heute gebaut wird, bestimmt die Energieverbräuche, Emissionen und Anpassungsfähigkeit der Stadt für Jahrzehnte. Neue Baugebiete sollten deshalb von Beginn an klimaneutral und klimaresilient geplant werden. Klimaschutz und Klimaanpassung dürfen nicht nachträglich ergänzt werden, sondern müssen Bestandteil der städtebaulichen Grundkonzeption sein.

Dabei lassen sich drei Dimensionen unterscheiden:

Energieversorgung

- hohe energetische Standards festlegen,
- Photovoltaik konsequent vorsehen,
- erneuerbare Wärmeversorgung sicherstellen,
- effiziente und zukunftsfähige Energieinfrastruktur schaffen.

Klimaresilienz

- Versiegelung minimieren,
- Begrünung und Verschattung stärken,
- Kaltluftschneisen erhalten und berücksichtigen,
- Regenwasser zurückhalten und versickern lassen,
- Freiräume klimaangepasst planen und gestalten.

Lebensqualität

- nachhaltige Mobilität ermöglichen und fördern,
- öffentliche Räume attraktiv und nutzbar gestalten,
- ressourcenschonende Baustoffe einsetzen,
- hohe Aufenthaltsqualität sichern.

Die Stadt sollte ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten konsequent nutzen – insbesondere bei Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen, Grundstücksvergaben und kommunalen Bauvorhaben.

Klimaneutrale und klimaresiliente Baugebiete müssen zum Planungsstandard werden.

5.4 Kommunale Gebäude hitzeresilient machen

Kommunale Gebäude sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gerade Kindertagesstätten, Schulen, Kliniken, Pflegeheime, und andere Einrichtungen mit besonders schutzbedürftigen Nutzerinnen und Nutzern müssen auf zunehmende Hitze vorbereitet werden.

Hitzeschutz muss deshalb systematisch in Sanierung, Neubau und Gebäudemanagement integriert werden. Dazu gehören insbesondere:

- außenliegender Sonnenschutz,
- geeignete Fenster und Fassaden,

- Dachbegrünung,
- ausreichende thermische Speichermasse,
- natürliche beziehungsweise technische Lüftung,
- gegebenenfalls effiziente Kühlung,
- ausreichende Trinkwasserversorgung.
- Verschattung durch Bäume und Begrünung,

Die Problematik zeigt sich auch außerhalb kommunaler Gebäude. Aus dem Christlichen Klinikum Soest wird von erheblichen Hitzeproblemen insbesondere in südlich ausgerichteten Patientenzimmern und Dachbereichen berichtet. Für ältere und gesundheitlich belastete Menschen können solche Bedingungen besonders problematisch sein.

Das Beispiel verdeutlicht die allgemeine Herausforderung: Gebäude müssen auf die zunehmende sommerliche Wärmebelastung vorbereitet werden.

Für die Stadt Soest folgt daraus:

Hitzeschutz muss Bestandteil jedes kommunalen Gebäudekonzepts werden.

5.5 Öffentliche Räume als klimaresiliente Infrastruktur

Öffentliche Plätze und Anlagen müssen stärker auf die Folgen des Klimawandels ausgerichtet werden. Wie das geht, zeigt uns Frankreich, das nach dem Hitzesommer 2003 konsequent umgesteuert hat. So hat Paris durch einen neuen Ansatz in der Stadtplanung den **Stadtnaturschutz** entwickelt. Weltweite Aufmerksamkeit hat z.B. die Neuplanung des Seineufers (statt Straße Naherholungsraum).

Für die Gestaltung öffentlicher Räume, auch entlang Straßen, Fahrrad- und Gehwegen, bedeutet dies insbesondere:

- mehr Bäume und schattenspendende Grünstrukturen,
- klimaangepasste Bepflanzung,
- ausreichend Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten im Schatten,
- Trinkwasserangebote,
- Entsiegelung,
- Regenwasserrückhalt und Versickerung.

Ein wesentliches Leitbild sollte dabei das Prinzip der **Schwammstadt** sein:

Regenwasser nicht möglichst schnell ableiten, sondern möglichst lange im Boden der Stadt halten. Bäume, Grünflächen, Böden und Gewässer übernehmen dabei wichtige Funktionen: Sie speichern Wasser, kühlen die Umgebung, mindern Starkregenfolgen und erhöhen die Aufenthaltsqualität.

Damit werden Grün- und Freiräume zu einem Teil der kommunalen Klimainfrastruktur.

5.6 Landwirtschaft, Ernährung und regionale Wertschöpfung

Landwirtschaftliche Böden, Grünland, Hecken und Gehölze sind wichtige Kohlenstoff- und Wasserspeicher sowie Lebensräume. Zugleich ist die Landwirtschaft unmittelbar von Hitze, Trockenheit,

Starkregen und Bodendegradation betroffen. Die Stadt sollte ihre Handlungsmöglichkeiten für eine klimaresiliente, bodenschonende und naturverträgliche Landwirtschaft nutzen.

Auch die kommunale Nachfrage bietet einen wichtigen Hebel: In Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen, Kantinen und bei Veranstaltungen werden täglich große Mengen Lebensmittel verarbeitet. Eine stärker regionale, saisonale und pflanzenbasierte Ernährung kann Emissionen reduzieren, Gesundheit fördern und regionale Wertschöpfung stärken. Landwirtschaft und Ernährung sollten daher als zusammenhängendes Handlungsfeld in den Klimapakt 2030 aufgenommen werden.

Die Stadt sollte ...

- kommunale und verpachtete Flächen klima- und naturverträglich bewirtschaften bzw. verpachten und Bodenschutz, Humusaufbau, Wasserrückhalt und Biodiversität stärken,
- landwirtschaftliche Böden und Freiflächen schützen und den Flächenverbrauch reduzieren,
- gemeinsam mit Landwirtschaft und Kreis eine Strategie für eine klimaresiliente Landwirtschaft in Soest entwickeln,
- regionale, saisonale und ökologisch erzeugte Lebensmittel stärker kommunal beschaffen,
- für Kitas, Schulen und weitere Einrichtungen verbindliche Kriterien für eine klimagerechte, stärker pflanzenbasierte Verpflegung entwickeln,
- Lebensmittelverschwendung vermeiden und regionale Erzeuger- und Wertschöpfungsketten stärken.

5.7 Klimaangepasste und klimaverträgliche Großveranstaltungen

Großveranstaltungen wie die Soester Allerheiligenkirmes mit mehr als einer Million Besucherinnen und Besuchern verursachen erhebliche Energie-, Verkehrs-, Material- und Abfallströme. Der Klimapakt 2030 sollte deshalb auch die klimaverträgliche Durchführung großer Veranstaltungen in den Blick nehmen.

Die Stadt sollte gemeinsam mit Veranstaltern und Beschickern Standards entwickeln, die insbesondere die größten Emissions- und Ressourcenhebel adressieren:

- Nachhaltige Energieversorgung: Stromversorgung aus erneuerbaren Energien sicherstellen und den Einsatz fossiler Generatoren weitgehend vermeiden.
- Klimaverträgliche Verpflegung: ein deutlich größeres Angebot pflanzenbasierter Speisen fördern, den Einsatz regionaler und saisonaler Lebensmittel stärken und Lebensmittelverschwendung reduzieren.
- Mehrweg statt Einweg: Mehrweg- und Pfandsysteme für Speisen und Getränke konsequent einsetzen und unnötige Verpackungen vermeiden.
- Klimafreundliche Mobilität: die Anreise mit Bahn, Bus und Fahrrad attraktiv machen und den Anteil des motorisierten Individualverkehrs reduzieren.
- Ressourcen und Beschaffung: Materialien, Ausstattung und Dienstleistungen nach Kriterien der Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit und Klimaverträglichkeit beschaffen.
- Verbindliche Standards: Klimaschutzkriterien schrittweise in Verträge, Ausschreibungen und Zulassungsbedingungen für städtische Großveranstaltungen integrieren.

Die Allerheiligenkirmes und der Weihnachtsmarkt bieten aufgrund ihrer Größe und öffentlichen Wahrnehmung die Chance, eine der größten Veranstaltungen der Region zum Vorbild für klimaverträgliche Großveranstaltungen zu entwickeln.

6. Klimavorsorge finanzieren

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Soest macht eine klare Priorisierung erforderlich. Sie darf jedoch nicht dazu führen, dass zwingende Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung pauschal gekürzt oder zurückgestellt werden.

Entscheidend ist vielmehr die Frage, welche Ausgaben heute die größten Beiträge zur Zukunftsfähigkeit der Stadt leisten.

Knappe Haushaltsmittel verlangen Prioritäten – keinen Rückzug.

Investitionen sollten insbesondere danach bewertet werden,

- welchen Beitrag sie zur Klimaneutralität und Klimaresilienz leisten,
- welche Klimarisiken sie reduzieren,
- welche Folgekosten sie vermeiden,
- welche langfristigen Einsparungen sie ermöglichen,
- und welchen Nutzen sie für die Stadtgesellschaft haben.

Eine pauschale Kürzung wird den Herausforderungen des Klimawandels nicht gerecht. Priorität sollten Maßnahmen erhalten, die

- erhebliche Klimarisiken reduzieren,
- hohe Folgekosten vermeiden,
- die Infrastruktur langfristig sichern,
- hohe CO₂-Einsparungen ermöglichen,
- besonders vulnerable Menschen schützen.

Gleichzeitig müssen andere Ausgaben kritisch auf ihre Priorität geprüft werden müssen.

6.1 „Fun or Future?“

1 Mio. Rutsche für das AquaFun / Finanzierung der Allerheiligenkirmes

In der Presse der letzten Wochen (s. Kap. Anlagen) wurden unter anderem über Investitionen im AquaFun (1 Mio. für eine zusätzliche Rutsche; Teil der Konzernstadt) und die Finanzierung der Allerheiligenkirmes (60.000 € jährlich) berichtet. Das sind Beispiele für eine grundlegende Neubewertung.

Die Diskussion sollte deshalb nicht allein um die Frage kreisen, ob eine einzelne Ausgabe wünschenswert ist. Entscheidend ist, welche Prioritäten die Stadt angesichts begrenzter finanzieller Spielräume setzen muss.

Die entscheidende politische Frage ist vielmehr, wie knappe kommunale Mittel angesichts zunehmender Klimarisiken eingesetzt werden. Nicht jede Ausgabe hat dieselbe Zukunftswirkung.

6.2 Klimafolgekosten vermeiden

Die Kosten des Nicht-Handelns müssen stärker in kommunale Entscheidungen einbezogen werden. Klimafolgen verursachen bereits heute erhebliche Kosten für Gesundheit, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Natur (vgl. Kap. 4.2). Für die kommunale Politik folgt daraus:

Nicht Klimaschutz ist teuer, sondern das Nicht-Handeln.

Eine Investition, die heute etwas mehr kostet, kann langfristig wirtschaftlicher sein, wenn sie spätere Schäden, Schadensbewältigung oder Betriebs- und Energiekosten vermeidet. Laut BMUKN können Anpassungsmaßnahmen die monetären Kosten des Klimawandels laut der zugrunde liegenden Studie um 60 bis 100 % reduzieren.

Klimavorsorge ist eine Investition in die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt.

6.3 Zusätzliche Handlungsspielräume erschließen

Neben der Ausgabenseite sollten auch zusätzliche finanzielle Handlungsspielräume geprüft werden.

Aus dem Kreis der Initiativen werden hierzu insbesondere eine **Verpackungssteuer** und ein weiterentwickeltes **Parkraummanagement** genannt. Solche Instrumente sollten nicht allein unter dem Gesichtspunkt zusätzlicher Einnahmen betrachtet werden. Sie können zugleich ökologische Lenkungswirkungen entfalten und damit zur Umsetzung kommunaler Klimaziele beitragen.

Auch die **wirtschaftlichen Chancen der Energiewende** sollten stärker genutzt werden. Eigene regenerative Energieanlagen auf geeigneten kommunalen Flächen und Gebäuden können nicht nur Treibhausgasemissionen reduzieren, sondern langfristig auch Einnahmen für die Kommune generieren und regionale Wertschöpfung stärken. Es ist zu prüfen, welche Modelle eine Beteiligung der Stadt sowie der lokalen und regionalen Wirtschaft ermöglichen.

Regionale Wertschöpfung bedeutet dabei auch zusätzliche kommunale Einnahmen durch **Gewerbesteuer**. Werden Planung, Betrieb, Dienstleistungen und Eigentum an Energieanlagen möglichst regional verankert, können Teile der mit der Energiewende verbundenen Investitionen und Gewinne in der Region verbleiben. Davon können Unternehmen, Arbeitsplätze und letztlich auch der kommunale Haushalt profitieren.

Klimaschutz kann damit vom reinen Kostenfaktor zu einem Instrument für kommunale Einnahmen, regionale Wertschöpfung und wirtschaftliche Zukunftssicherung werden.

7. GEMEINSAM HANDELN – Eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft

Der Klimapakt 2030 kann nur erfolgreich sein, wenn Klimaschutz und Klimaanpassung als gemeinsame Aufgabe der Stadtgesellschaft verstanden werden. Die Stadt allein kann die Klimaneutralität und Klimaresilienz nicht erreichen. Verwaltung und Politik schaffen die Rahmenbedingungen, aber Wirtschaft, Bürgerschaft, Zivilgesellschaft und kommunale Einrichtungen sind ebenso wichtige Akteure.

Dabei geht es nicht nur um die Umsetzung einzelner Klimaschutzmaßnahmen. Es geht um die Frage, **wie wir unsere Stadt insgesamt entwickeln wollen.**

Eine zukunftsfähige Stadt verbindet ökologische Verantwortung mit sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit und demokratischer Beteiligung.

7.1 Stadt und Verwaltung

Die Stadt muss die vorhandenen politischen Beschlüsse konsequent in konkrete Maßnahmen und Umsetzung überführen.

Dazu gehören:

- klare Prioritäten,
- transparente Zielkontrolle,
- ausreichende personelle Kapazitäten,
- konsequentes Controlling,
- ressortübergreifende Zusammenarbeit.

Klimaschutz und Klimaanpassung müssen dabei als Querschnittsaufgabe verstanden werden.

7.2 Wirtschaft

Unternehmen sind nicht nur von den Folgen des Klimawandels betroffen, sondern wichtige Akteure der Transformation.

Energieeffizienz, erneuerbare Energien, klimaangepasste Betriebsstandorte und resiliente Infrastruktur können gleichzeitig Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität stärken.

Die Stadt sollte deshalb verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, Hemmnisse abbauen und Kooperationen zwischen Stadt, Stadtwerken, Wirtschaft und weiteren Akteuren fördern.

7.3 Bürgerinnen und Bürger

Klimaneutralität und Klimaresilienz können nicht allein durch kommunale Maßnahmen erreicht werden. Die Stadt braucht die Beteiligung der Menschen bei Energie, Mobilität, Gebäuden und Klimaanpassung.

Dabei sollte Beteiligung nicht erst erfolgen, wenn Entscheidungen bereits getroffen sind.

Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Ideen einzubringen und an der Entwicklung konkreter Lösungen mitzuwirken.

7.4 Zivilgesellschaft

Initiativen, Vereine, Kirchen, Verbände und andere Organisationen verfügen über Wissen, Engagement und gesellschaftliche Netzwerke.

Sie können dazu beitragen, Klimaschutz und Klimaanpassung in der Stadtgesellschaft zu verankern und unterschiedliche Gruppen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Der Klimapakt 2030 sollte deshalb stärker als **Kooperationsmodell der Stadtgesellschaft** verstanden werden.

Dabei kann das Konzept einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung einen wichtigen Orientierungsrahmen bieten:

Ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und demokratische Beteiligung gehören zusammen.

Eine zukunftsfähige Stadt wird nicht nur verwaltet. Sie wird gemeinsam von der Stadtgesellschaft gestaltet!

8. Zukunftsfähigkeit ist eine politische Entscheidung

Die Klimafolgen sind Realität. Hitze, Trockenheit, Starkregen und die Belastung von Menschen, Natur, Landwirtschaft und Infrastruktur sind deutlich sichtbar. Der Klimapakt Soest 2030 bietet dafür einen politischen Handlungsrahmen. Er muss angesichts knapper Haushaltsmittel nicht aufgegeben werden.

Er muss klüger priorisiert und konsequenter umgesetzt werden.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht:

Was können wir uns an Klimaschutz und Klimaanpassung leisten?

Sondern:

Welche Vorsorge können wir uns angesichts der bereits absehbaren Schäden nicht leisten, aufzuschieben?

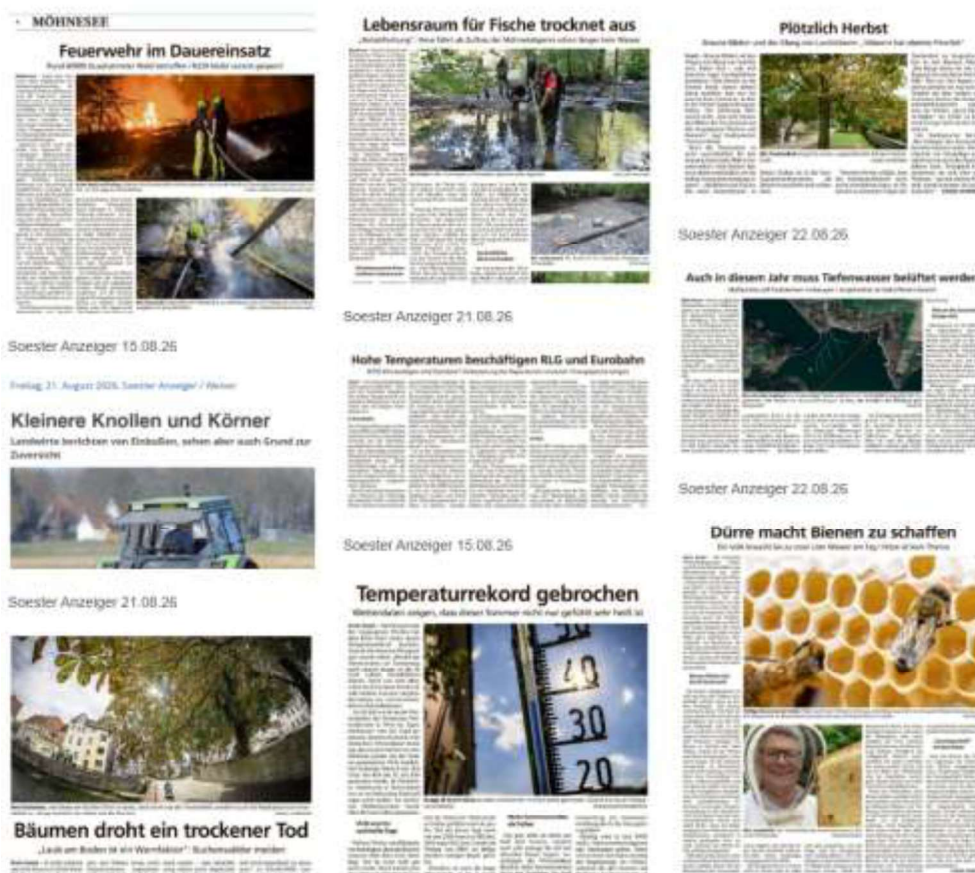
Soest hat die Möglichkeit, heute in Gesundheit, Sicherheit, Lebensqualität, wirtschaftliche Stabilität und die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt zu investieren.

Dafür braucht es keine neue Grundsatzdebatte über das Ob des Klimapaktes 2030, sondern politische Entscheidungen über das **Wie, Wo und Wann seiner wirksamsten Umsetzung.**

Wer heute vorsorgt, schützt morgen Handlungsspielräume.

Anlagen

Meldungen über die Folgen des Klimawandels in der lokalen Presse



Soest – Bis 2030 will Soest klimaneutral werden. Doch wer dazu beispielsweise mit einer eigenen Solaranlage beitragen möchte, steckt erst einmal in einem endlos wirkenden PV-Stau.

Das musste zuletzt auch die Soester Firma MABEG Kreuschner GmbH & Co. KG erfahren.

Über den Ausbau von PV-Anlagen in Soest sagte er [Robert Arns aus der Einkaufsleitung] Mitte Juni: „Wir hätten gerne noch dieses Jahr auch eine! Das Konzept steht, die Finanzierung steht, ein Installateur steht Gewähr bei Fuß. Aber wir haben keine Genehmigung der Stadtwerke Soest als zuständigem Netzbetreiber.“

„Uns wurde auf unsere Anfrage aus April gesagt, dass es durchaus ein halbes Jahr dauern könne, bis man eine Antwort erhalte. Und es sei keinesfalls sicher, dass wir eine weitere PV-Anlage überhaupt bauen dürfen, da die kommunale Infrastruktur das eventuell gar nicht hergibt.“

Freitag, 27. März 2026, Soester Anzeiger / Soest

Wo die Sonne scheinen soll

Stadt verpasst Klimaziele im Bereich Photovoltaik deutlich / Klare Aussagen für Investoren

Aquafun enthüllt Millionenprojekt: Doppelrutsche mit Rennmodus soll neuer Besuchermagnet werden

16.07.2026, 13:54 Uhr
Von: Daniel Schröder

„Ein emotionales Problem“: Schausteller auf der Allerheiligenkirmes müssen mehr zahlen

10.05.2026, 19:00 Uhr
Von: Matthias Stoege

Quellen:

BMUKN, 2026: Warum sind Investitionen in die Klimaanpassung erforderlich?

<https://www.bundesumweltministerium.de/faq/warum-sind-investitionen-in-die-klimaanpassung-erforderlich>

Empfehlungen zur klimagerechten Gestaltung von Neubaugebieten hinsichtlich CO₂-Einsparung bei Planung, Erstellung und Nutzung und zum Anteil der Energie-Effizienz an Kostensteigerung im Neubau <https://peh-soest.de/media/files/Klimaschutz-bei-Neubauten.pdf>

Greenpeace schätzt Schäden durch Hitze-Sommer in Deutschland auf 36 Milliarden Euro

<https://www.deutschlandfunk.de/greenpeace-schaetzt-schaeden-durch-hitze-sommer-in-deutschland-auf-36-milliarden-euro-100.html>

GWS, 2026: Die Kosten des Klimawandels für Deutschland 2026–2050

<https://www.gws-os.com/de/publikationen/alle-publikationen/detail/die-kosten-des-klimawandels-fuer-deutschland-2026-2050>

Kalte Nahwärme – Übersicht im Bundesgebiet

<https://www.npro.energy/main/de/knowledge/5gdhc-networks>

Klimapakt Soest - klimaneutrale Stadt bis 2030 - politisch beschlossenen Dokumente einsehen

<https://www.soest.de/klimaschutz>

Neun Pflegeheime, eine Reha-Klinik und Pflegeakademie jetzt „KlimaSicher“

<https://www.presse-service.de/data.aspx/static/1211164.html>

RKI, 2026: Wochenbericht zur hitze-bedingten Mortalität - Kalenderwoche 33/2026 (10.08. bis 16.08.2026); Stand: 28.08.2026; https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/Bericht_Hitzemortalitaet.html

Stadtnaturschutz; BUND

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/standpunkt/stadtnatur_stadtnaturschutz_standpunkt.pdf

The Global Risks Report 2026, 21st Edition

https://reports.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_Report_2026.pdf

WDR, 2026: Rekord-Zahl an Hitzetoten in NRW; Stand: 30.07.2026, 14:16 Uhr

<https://www1.wdr.de/nrw/hitze-tote-nrw-100.html>

Wie teuer ist das Nichtstun in der Klimakrise?

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/klimaawandel-kosten-wirtschaft-100.html>

Wie teuer ist das Nichtstun in der Klimakrise?

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/klimaawandel-kosten-wirtschaft-100.html>

Die Autor:innen: Franz-Josef Klausdeinken, Jutta Moschner, Andreas Scheffer, Sabine Schuhmacher

Die Bündnispartner: Arbeitskreis Kirche und Klima Soest, Better Mobility Soest, BUND OG Soest-Welver, Christians & Churches for Future im Raum Soest, foodsharing Bezirk Soest, Mitmach-Region Soester Börde, proveg Soest, Gemeinwohl Ökonomie OG Soest, Klimatreff Soest, Mitmach Garten Soest, Repair Cafe, SOfair, Umschalten in der Energieversorgung e.V., VCD Soest, Extinction Rebellion Soest-Lippstadt, ...